



Landes-SGK EXTRA

Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die Kommunen sind im Visier der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Diesel-Fahrverbote drohen. Die Folgen für die Wirtschaft wären immens. Besonders in den Innenstädten von Ballungszentren werden die EU-Grenzwerte von Stickstoffoxiden bundesweit regelmäßig überschritten. In Rheinland-Pfalz sind Mainz, Ludwigshafen und Koblenz in besonderen Maße betroffen.

Die Probleme mit der Luftqualität sind mittlerweile allen Akteuren hinlänglich bekannt. Dass eine hohe Verantwortung bei der Automobilindustrie, die millionenfach Dieselmotoren manipuliert hat, und bei Bundesbehörden, die ihrer Kontrollpflicht nicht nachkamen, liegt, wird in einem nicht ausreichenden Maße beachtet.

Stattdessen stehen die Kommunen, die in den letzten Jahren eine Reihe von Anstrengungen und Investitionen in die Luftreinhaltung getätigt haben, unter akutem Druck. Gezielt geht die DUH gegen die Kommunen als schwächstes Glied in der Kette vor und nimmt zeitgleich Pendler, Handwerker und kommunale Unternehmen mit in Geiselhaft.

Unvorstellbares Szenario

Was würde ein gerichtlich auferlegtes Fahrverbot für Dieselfahrzeuge bedeuten? Gut ein Drittel der Fahrzeuge, die in den Städten herumfahren, haben einen Dieselmotor. Lieferanten, Handwerker und sehr viele Pendler aus dem Umland kämen nicht mehr in die Städte hinein. Das ist ein unvorstellbares Szenario. Es würde dem kommunalen Leben den Stecker ziehen.

Die Diesel-Fahrverbote abzuwenden, ist kurzfristig das wichtigste politische Ziel. Konkrete Maßnahmen und Finanzhilfen helfen den Kommunen in dieser Situation mehr als das Erstellen von Masterplänen.



Michael Ebling

Foto: SGK

Ein Sofort-Programm über drei Millionen Euro, das Ministerpräsidentin Malu Dreyer den drei betroffenen Kommunen nach dem Spitzengespräch Ende August zugesagt hat, hilft kurzfristig ganz konkret. In Mainz ergibt sich so die Möglichkeit, die Dieselmotoren der Busflotte umzurüsten. Sehr begrüßenswert ist zudem die Ankündigung der Landesregierung, wieder in die Förderung der Busbeschaffung einzusteigen. Das Aussetzen der Förderung führte dazu, dass Rheinland-Pfalz inzwischen die älteste Busflotte Deutschlands hat.

Langfristig benötigen wir aber ein verlässliches Leitprogramm auf Bundesebene für mehrere Jahre, um wirklich nachhaltig in neue Antriebssysteme wie Elektromobilität oder Brennstoffzellen investieren zu können. Die Maßnahmen und bereitge-

stellten Mittel beim Dieseltipp der Bundeskanzlerin Anfang September können daher nur ein erster Schritt sein, denn die erforderlichen Investitionen müssen mit einem deutlich höheren Mitteleinsatz des Bundes gesichert werden. Kein kommunaler Verkehrsbetrieb wird das wirtschaftliche Risiko neuer Antriebssysteme alleine stemmen können.

Chance für Verkehrswende

Mag man der Krise dennoch etwas Gutes abgewinnen, liegt in ihr die Chance, Verkehrswende und Energiewende gemeinsam zu denken. Mobilitätskonzepte, die Busse und Bahnen, Autos, E-Scooter oder Fahrräder miteinander vernetzen, erfordern integriertes Denken. Dies lässt sich am effizientesten auf kommunaler Ebene herstellen. Städte und ihre Stadtwerke sind hierfür prädestiniert. Für Kommunen entsteht

Inhalt

Das Land Rheinland-Pfalz bringt ein Transparenzgesetz auf den Weg

Institution und Gallionsfigur geht nach 32 Jahren von Bord

Theresia Riedmaier hat im Landkreis Südliche Weinstraße Spuren hinterlassen

Fachtagungen: Pflege, Polizei und Energiewende

Claus Schick führte den Landkreis Mainz-Bingen zu einem der wirtschaftsstärksten in Deutschland

Für und mit den Menschen im Donnersberger Land: Landrat Winfried Werner

durchaus eine große Möglichkeit, bei intelligenten Verkehrskonzepten voranzugehen und diese umzusetzen.

Um diesen Innovationen zum nachhaltigen Durchbruch zu verhelfen, braucht es gute Rahmenbedingungen und Fördermaßnahmen bundesweit, dafür lohnt sich der Einsatz. Diese mit Brechstangen zu erzwingen, wie sie die DUH anlegt und Kollateralschäden dabei billigend in Kauf nimmt, aber ist politisch kein verantwortlicher Weg.

Michael Ebling
SGK-Landesvorsitzender
Rheinland-Pfalz

Das Land Rheinland-Pfalz bringt ein Transparenzgesetz auf den Weg

Informationen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden werden bis Januar 2018 online gestellt. Vollständige Veröffentlichungspflicht auch für Gemeinden greift erst ab dem Jahr 2021

Autor Staatssekretär Randolph Stich

Als erstes Flächenland hat Rheinland-Pfalz ein Landestransparenzgesetz (LTranspG) auf den Weg gebracht. Das Gesetz ist am 1. Januar 2016 in Kraft getreten. Es löste das Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) und das Landesumweltinformationsgesetz (LUIG) ab. Als ein Kernelement des neuen Gesetzes dient die Transparenzplattform (<http://tpp.rlp.de>), die eine Vielzahl an Informationen aus Behörden aller Ebenen zentral vorhalten soll.

Ein erster Teil dieser Informationen der Landesregierung und der obersten Landesbehörden wird bis zum 1. Januar 2018 online bereitgestellt. Vollständig werden diese Daten zum 1. Januar 2019 im Internet verfügbar sein. Für die oberen und unteren Landesbehörden sowie die übrigen transparenzpflichtigen Stellen – wie die Kommunen – wird die vollständige Veröffentlichungspflicht auf der Transparenzplattform erst am 1. Januar 2021 greifen.

Arbeitshilfe wird erstellt

Aus dem LTranspG ergeben sich zwei maßgebliche Pflichten: Die Pflicht zur Veröffentlichung auf der Transparenz-Plattform sowie die Pflicht, auf Antrag Zugang zu Informationen zu gewähren.

Das Innenministerium ist in engem Austausch mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit sowie den Ministerien, deren Geschäftsbereich berührt wird, um in einer Verwaltungsvorschrift Auslegungs- und Anwendungshinweise zu erlassen.

Diese Verwaltungsvorschrift befindet sich noch im formellen Beteiligungsverfahren. Der umfangreiche und zeitintensive Abstimmungsaufwand trägt maßgeblich dazu bei,



Staatssekretär Randolph Stich

Foto: Innenministerium Rheinland-Pfalz

der späteren Verwaltungspraxis eine solide, umfassende und handhabbare Arbeitshilfe für die Anwendung des Gesetzes an die Hand zu geben.

Die Kommunen müssen ab 2021 nur in begrenztem Umfang Daten und Informationen auf der Transparenzplattform einstellen. Die Pflicht der Kommunen zur aktiven Verbreitung von Umweltinformationen ergab sich dabei bereits aus dem Landesumweltinformationsgesetz (LUIG) von 2005. Mit dem LTranspG ergeben sich in Bezug auf Umweltinformationen keine weitergehenden Pflichten. Neu ist lediglich, dass für die Verbreitung der Umweltinformationen ab dem

Jahr 2021 die Transparenz-Plattform zu nutzen ist.

Kommunen nicht überfordern

Die Pflicht der Kommunen, auf Antrag einer Bürgerin oder eines Bürgers Zugang zu den bei ihnen vorhandenen Informationen zu gewähren, entspricht beinahe deckungsgleich den Anforderungen aus dem ehemaligen LIFG, das seit 1. Februar 2009 in Kraft war.

Die Kommunen haben zudem die Möglichkeit, weitere vorhandene Informationen freiwillig auf der Plattform einzustellen. Hierfür werden derzeit die technischen Möglichkeiten geprüft und erarbeitet.

Die Kommunen nicht überfordern und dennoch Transparenz im Sinne einer besseren Bürgerbeteiligung herzustellen ist der schmale Grat, auf den sich die Landesregierung mit dem LTranspG begeben hat. Da die inhaltlichen Anforderungen denen aus dem LUIG und aus dem LIFG entsprechen, ist kein grundlegend neues Verwaltungshandeln der Kommunen gefordert. Lediglich die Transparenzplattform als Veröffentlichungsmedium zu nutzen ist eine neue Anforderung.

Da die kommunalen Veröffentlichungspflichten auf der Transparenzplattform erst im Jahr 2021 – und damit zwei Jahre nach den Pflichten der Landesregierung und der Obersten Behörden – greifen, bleibt den Kommunen ausreichend Zeit für einen geordneten Systemwechsel hin zu einer Technik, deren etwaige „Kinderkrankheiten“ dann auch ausgeräumt sein werden.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Institution und Gallionsfigur geht nach 32 Jahren von Bord

Winfried Hirschberger geht als Landrat im Landkreis Kusel in den Ruhestand. In einer strukturschwachen Region hat er viel erreicht

Autor Wolfgang Kröhler

Er ist eine Institution im Landkreis Kusel. Mit seinem Namen ist die Entwicklung der Region in den vergangenen drei Jahrzehnten eng verbunden: Winfried Hirschberger geht nach 32 Jahren (!) als dienstältester Landrat in Rheinland-Pfalz jetzt in den wohlverdienten Ruhestand. Die Bürgerinnen und Bürger wussten, hier steht ein Mann an der Spitze der Kreisverwaltung, auf den man sich verlassen kann. Und für die SPD ist Hirschberger über die Jahre zu einer Gallionsfigur im Pfälzer Land herangereift, sozusagen zu einem Kommunalpolitiker wie aus dem Bilderbuch. Der Sozialdemokrat – seit 1971 in der Partei – verkörpert all das, was man sich von einem Repräsentanten der Menschen wünscht und erhofft: Zuverlässigkeit, Vertrauen, Tatkraft, bürgernah und innovativ.

Die kommunalpolitische Karriere des gelernten Juristen begann 1979, als er Mitglied des Bezirkstages der Pfalz wurde und von 1996 bis zu seinem Ausscheiden 1999 sogar Vorsitzender dieses Gremiums war. Als er 1982 zum Stadt- und Verbandsbürgermeister in Eisenberg gewählt wurde, ahnte er noch nicht, dass dies nur ein relativ kurzes Intermezzo sein würde. Denn bereits drei Jahre später wählte ihn der Kreistag zum neuen Landrat des Landkreises Kusel. Der Beginn einer 32-jährigen erfolgreichen Amtszeit, in der Winfried Hirschberger seiner Heimatregion in vielen Bereichen seinen Stempel aufdrückte. Seine Schaffenskraft machte an den Kreisgrenzen nicht halt: Seit 1994 war er Vorsitzender beziehungsweise stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages Rheinland-Pfalz und seit 1998 Mitglied im Präsidium des Deutschen Landkreistages. Zehn Jahre lang, von 1982 bis 1992, war er auch Verwaltungsratsmit-

glied von SOS Kinderdorf Deutschland in München. Auch die Liste seiner Nebentätigkeiten ist lang: Bis 2016 war Hirschberger im jährlichen Wechsel Aufsichtsratsvorsitzender des Westpfalzkrankums, Vorsteher im Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Rheinland-Pfalz Süd, Vorsitzender im Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung des Interkulturellen Kompetenzzentrums Rheinland-Pfalz GmbH oder auch Vorsitzender des DRK-Kreisverbandes.

Stärkung des Tourismus

In der strukturschwachen Region spielt der Tourismus eine wichtige Rolle. Von daher ergriff Winfried Hirschberger zahlreiche Initiativen, um den Fremdenverkehr zu stärken und zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor zu machen. Der Erwerb der ehemaligen Glantalstrecke zwischen Altenglan und Staudernheim von der Deutschen Bahn und ihre Umnutzung für den Tourismus als Draisinenstrecke (etwa 40 Kilometer lang) war in diesem Zusammenhang eine sinnvolle Maßnahme. Auch die Förderung der Burg Lichtenberg als touristisches Zentrum der Region gehörte zu den zukunftsweisenden Projekten. Der Ausbau des Rad- und Wanderwegenetzes und die Anbindung aller Gemeinden des Landkreises an das Wegenetz sowie die überregionale Anbindung wurde vom SPD-Landrat in die Tat umgesetzt und somit auch ein Meilenstein für die Mitgründung der Rheinland-Pfalz-Route mit rund 1040 Kilometern Länge initiiert. Einen Namen hat sich der Landkreis Kusel darüber hinaus mit der jährlichen Ausrichtung des Europäischen Bauernmarktes gemacht, wozu auch die Stärkung der heimischen Gastronomie zählt, zum Beispiel durch eine Kooperation der führenden Gastronomen

mit der Normandie. Der Blick über den regionalen Tellerrand war für Hirschberger ohnehin immer eine wichtige Angelegenheit. Sein „Leben“ des Europäischen Gedankens drückte sich durch die Pflege von Partnerschaften und Freundschaften mit Frankreich, Polen, Finnland und Italien aus. Ihm wurde auch eine Auszeichnung zuteil, die für Deutsche immer noch selten ist: 2007 wurde er zum Ehrenbürger der burgundischen Gemeinde Saignes les Mines ernannt.

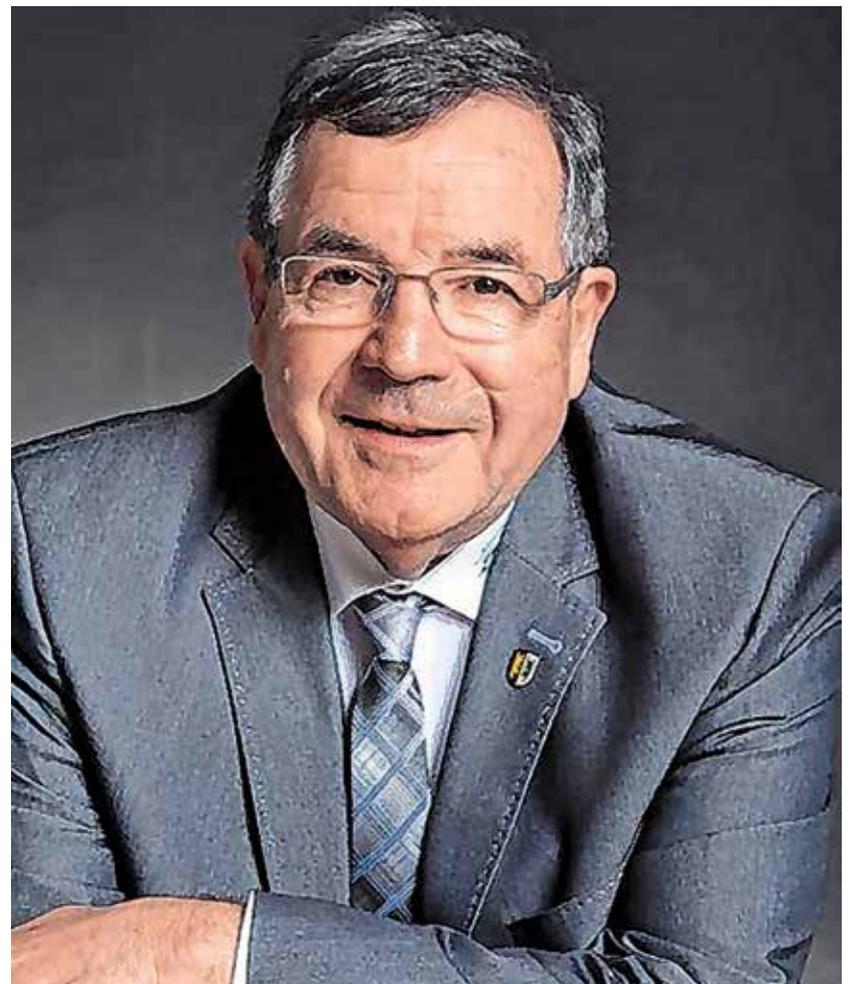
Zur Verbesserung der Infrastruktur gehörten in Hirschbergers Amtszeit aber auch Projekte wie der Bau der Kreismülldeponie Schneeweider-

hof, die Neukonzeptionierung der Abfallentsorgung, die Förderung erneuerbarer Energien und die Einführung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes.

Bildung wichtiger Baustein

Der Bereich der Bildung spielte in den Handlungsweisen von Winfried Hirschberger eine zentrale Rolle. Er packte den konsequenten Ausbau der Kindertagesstätten an, stellte eine vielfältige und angebotsorientierte Schullandschaft sicher (z.B. Generalsanierung des Siebenpfeiffer-Gymnasiums in Kusel mit Neubau einer Sporthalle). Das ehemalige Realschulgebäude in Kusel wurde in ein Dienstleistungszentrum, das Horst-Eckel-Haus, umgewandelt. Ausgebaut und verbessert wurde zudem das Nahverkehrskonzept des Landkreises.

Unter der Überschrift „Alle Gemeinden ans Netz“ wurde der Breitbandausbau als eine der zentralen Zukunftsaufgaben angepackt, was vor allem für die heimische Wirtschaft von großer Bedeutung ist. Eine ganz wichtige Maßnahme



Landrat Winfried Hirschberger geht nach 32 Amtsjahren in den Ruhestand.

Foto: Kreisverwaltung Kusel

war die Gründung des Westpfalz-Klinikums als Zusammenschluss der Krankenhäuser Kusel, Kaiserslautern, Kirchheimbolanden und Rockenhausen. Damit wurde auch der Standort Kusel hinsichtlich der Allgemeinversorgung mit verschiedenen Schwerpunktabteilungen ausgebaut, zuletzt mit dem Neubau einer Intensiv-Station.

Die Kreisverwaltung hat Winfried Hirschberger ebenfalls modernisiert und von ehemals zwölf auf fünf Abteilungen reduziert und das kommunale Jobcenter für ALG II-Empfänger integriert. Als zentrale Anlaufstelle wurde auch ein Bürgerbüro eingerichtet.

Wenn Winfried Hirschberger jetzt in den Ruhestand geht, kann er auf ein erfülltes Wirken als Landrat im Landkreis Kusel zurückblicken. Er kann mit der Bilanz seiner Arbeit sehr zufrieden sein.

Theresa Riedmaier hat im Landkreis Südliche Weinstraße Spuren hinterlassen

Die Sozialdemokratin war 20 Jahre lang Landrätin. Die Region hat sich in ihrer Amtszeit einen hervorragenden Ruf erworben. Tradition wurde mit Fortschritt verbunden. Abschied mit Bürgerempfang

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Die Sozialdemokratin Theresa Riedmaier, Landau, wurde am 8. September 1997 in einer Kreistagssitzung im „Haus des Gastes“ in Bad Bergzabern vom damaligen Ersten Kreisbeigeordneten Karl Meyer, der nach dem tragischen Unfalltod von Herrn Landrat Gerhard Weber die Amtsgeschäfte führte, als neue Landrätin des Landkreises Südliche Weinstraße vereidigt. Sieben Wochen davor, am 20. Juli 1997, fand die erste Landratswahl als Urwahl in Rheinland-Pfalz

statt. Als Landtagsabgeordnete hatte sie an diesem Gesetzesvorhaben mitgewirkt und nicht ahnen können, wie sehr das ihre beruflich-politische Laufbahn und persönlichen Lebensumstände umkrepeln würde.

Nach der ersten achtjährigen Amtsperiode erfolgte die Wiederwahl im April 2005 und eine weitere Wiederwahl im April 2013. Im Januar diesen Jahres hat sie aus gesundheitlichen Gründen ihren Rückzug vom Amt

der Landrätin erklärt. Ihr Nachfolger Dietmar Seefeldt (CDU) wurde am 11. Juni 2017 gewählt. Theresa Riedmaier verabschiedete sich mit einem Kreis-/Bürgerempfang am Samstag, 30. September 2017.

Vor ihrer Wahl zur Landrätin des Landkreises Südliche Weinstraße vor jetzt 20 Jahren war sie sechseinhalb Jahre Abgeordnete im Landtag von Rheinland-Pfalz. Im Jahr 1991, dem Jahr des Regierungswechsels in

Anzeige



Ordnung – so einfach

DEMO – das sozialdemokratische Magazin für Kommunalpolitik, schnell griffbereit im handlichen Sammelordner.

Passend für das neue Zeitungsformat!



Illustration: Finales layout kann abweichen!

BESTELL-COUPON

Ja, ich bestelle:

___ (Anzahl) DEMO-Ordner á 12,99 € zzgl. MwSt. und Versand, Maße: 6 x 37 x 30,3 cm (B x H x T)

per Post: DEMO, Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin

per Mail: redaktion@demo-online.de

per Fax: 030/25594-290

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

*zzgl. MwSt. und Versand





Theresia Riedmaier war 20 Jahre Landrätin im Landkreis Südliche Weinstraße.

Foto: Kreisverwaltung Südliche Weinstraße

Rheinland-Pfalz, eroberte sie für die SPD das Direktmandat im Wahlkreis 50 Landau/Südliche Weinstraße; bei der Landtagswahl 1996 wurde sie bestätigt und von den Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

In ihrer Zeit als Abgeordnete im Landtag waren ihre politischen Arbeitsfelder insbesondere Medienpolitik, Hochschulpolitik und Frauenpolitik. Letzteres ist erklärbar aus ihrem langjährigen frauenpolitischen Engagement sowohl in der SPD als auch als erste Frauenbeauftragte der Stadt Karlsruhe. In der Hochschulpolitik war eines ihrer besonderen Anliegen die Öffnung der Fachhochschulen und Universitäten für qualifizierte Berufstätige und als Medienpolitikerin wirkte sie seit 1991 auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Mitglied des SWF-Rundfunkrats und später viele Jahre als stellvertretende Vorsitzende des SWR-Verwaltungsrats.

Tradition und Fortschritt

In ihrer Zeit als Landrätin der Südlichen Weinstraße hat sich vieles getan, verändert, entwickelt und zum Guten geformt. Der Landkreis steht sehr gut da. Die „Südliche Weinstraße“ hat sich weit hinaus ins Land einen erstklassigen, hervorragenden

Ruf als lebenswerte Region, als kinder- und familienfreundlicher Landkreis, als Bildungs- und Wissensregion mit interessanten Arbeitsplätzen, starker Wirtschaft, lebendigem Mittelstand, guten Handwerksbetrieben, einem tragfähigen sozialen Netz, einer hervorragenden Infrastruktur, weitgehend geschützter Umwelt und Natur, herrlicher Landschaft, lebendiger Kultur, großartiger Gastlichkeit, hochklassigen Winzerbetrieben und hervorragenden Weinen, gelebter Gemeinschaften in unseren Dörfern und Städten und hoher Lebensqualität erworben und gesichert.

Die Südliche Weinstraße steht für Tradition und Fortschritt, Innovation und Inspiration, Bodenständigkeit und Vision, für Gemeinschaft und Vorwärtsstreben. Sie ist gute Heimat – eine Heimatlichkeit, die sie auch jenen anbietet, die zugereist oder zugewandert sind.

In der Rückschau beschreibt sie die großen Herausforderungen ihrer Amtszeit bei einer konservativen Mehrheit im Kreistag. Die Sicherung der Krankenhäuser war ein ernstes Problem. Nach einem langen und schwierigen Prozess sei die Fusion der kommunalen Kliniken des Landkreises und der Stadt gelungen. Die Abfallwirtschaft war durch frühe-

re Weichenstellungen in Richtung „Müllverbrennung“ geprägt und hoch umstritten.

Schon vor Jahren aber ist der Landkreis in einer effektiven Wertstoffwirtschaft angekommen. Über alle Jahre hinweg war die Gestaltung der Bildungslandschaft verbunden mit enormen Investitionen in Schulbau. Kinderbetreuung hat eine größere Bedeutung und eine neue pädagogische Dimension bekommen – folglich mit einem enormen Ausbau der Kindertagesstätten.

Die Neugestaltung des ÖPNV mit Integration der Schülerbeförderung war nicht einfach und musste gut gemeistert werden. Die Schließung des Kreisaltenpflegeheims war schwer aber notwendig. Die Vorbereitung einer Erstaufnahme-Einrichtung für Flüchtlinge in Herxheim war zutiefst fordernd. Sehr beein-

druckend war und ist das ehrenamtliche Engagement für die Integration der Geflüchteten.

Wunderbare Jahre

Der Breitbandausbau als wichtige Zukunftsaufgabe ist gut vorbereitet, wird aber noch Arbeit, Vorausschau und starkes Engagement brauchen.

Auch die Wein- und Tourismuswerbung erfordert ständig und intensive Steuerung; sie ist ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor und die Trägerin des sehr guten Images.

Theresia Riedmaier verabschiedet sich mit den Worten: „Es waren wunderbare Jahre in einem Amt, das fordert und beschenkt, das mir viele Chancen gegeben, meine ganze Kraft gebraucht und meine Leidenschaft entfacht hat. Ich bin sehr dankbar für diese Zeit und freue mich jetzt auf ‚etwas Neues!‘“

Fachtagungen zur Pflege, Polizei und Energiewende

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und die SGK-Rheinland-Pfalz veranstalten noch in diesem Herbst drei Fachtagungen, die allesamt wichtige und interessante Themen ansprechen.

Die erste dieser Veranstaltungen findet am **Dienstag, 10. Oktober um 16 Uhr** in der Lounge der Opel-Arena in Mainz statt. „Sicherstellung der Pflege – was ist zu tun“ heißt dann das Thema. Bei der gesundheitspolitischen Fachtagung im vergangenen Jahr wurde der ausdrückliche Wunsch geäußert, das Thema „Pflege“ in den Blickwinkel zu nehmen. Aufgrund eines nach Meinung vieler Menschen drohenden „Pflegetotstandes“ versprechen wir uns von dieser Fachtagung die Beantwortung offener Fragen und damit auch eine wichtige Hilfestellung zu den Pflegekonzepten der Landes und der kommunalen SPD. An dieser Fachtagung werden mitwirken: Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler und Burkhard Müller, Geschäftsführender Direktor beim Landkreistag Rheinland-Pfalz.

Einen ebenfalls ganz wichtigen Bereich unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens spricht die zweite Veranstaltung an, die am **Donnerstag, 2. November, 18 Uhr**, in der Begegnungsstätte KIBB (Barbararing 77) in Idar-Oberstein stattfindet. „Polizei und Kommunen“ lautet dann das Thema. Die seitherigen Fachtagungen zu dieser Problematik haben sowohl für die Vertreter der Polizei wie auch der Kommunen zu neuen Erkenntnissen und zu einer vertieften Zusammenarbeit beider Seiten beigetragen.

Fortgesetzt wird auch die Reihe energiepolitischer Fachtagungen, dieses Mal unter der Fragestellung „Kommunale Energieversorger – Gewinner oder Verlierer der Energiewende?“. Termin für diese hochinteressante Thematik ist **Mittwoch, 8. November**, um 14.30 Uhr in der VIP-Lounge der Opel-Arena in Mainz. Neben dem Geschäftsführer der EnergieDienstleistungs-Gesellschaft Rheinhessen-Nahe (EDG), Dipl.-Ing. Christoph Zeis, werden der VKU Landesvorsitzende und Geschäftsführer der Stadtwerke Speyer GmbH Wolfgang Bühring und ein Vertreter des Präsidiums des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung sowie der SGK-Ehrenvorsitzende Michael Reitzel als Moderator mitwirken. *WKW*

Wie Claus Schick den Landkreis Mainz-Bingen zu einem der wirtschaftsstärksten in Deutschland führte

Erfolgreicher Sozialdemokrat geht nach 25 Jahren Amtszeit in den Ruhestand. Millioneninvestitionen in Kindergärten und Schulen. Auch ein neues Kreishaus wurde gebaut. Seit zwei Jahren ist der Landkreis schuldenfrei

Autor Thomas Zöller

Am 30. September 2017 endete die Amtszeit von Claus Schick, er geht nach über 25 Jahren als Landrat des Landkreises Mainz-Bingen in den Ruhestand. Schick kann damit auf ein Vierteljahrhundert höchst erfolgreicher Arbeit für den Landkreis und dessen Bürgerinnen und Bürger blicken.

Nach der Kommunalwahl 1989 bildete sich im Kreistag eine neue Koalition aus SPD, FWG und FDP. 1991 wurde Schick vom Kreistag zum ersten hauptamtlichen Kreisbeigeordneten und Anfang 1992 dann zum Landrat gewählt. Vorausgegangen war ein Akt, der rheinland-pfälzische Kommunalgeschichte schrieb: Der Kreistag hatte eine Resolution verabschiedet, die dem damaligen Landrat Gerulf Herzog (CDU) die Vertrauensbasis entzog. Daraufhin schickte ihn Ministerpräsident Rudolf Scharping (SPD) in den vorzeitigen Ruhestand. Ein Vorgang, der bis zum heutigen Tag einmalig in Rheinland-Pfalz geblieben ist. 2001 und 2009 wurde Claus Schick mit annähernd 60 Prozent von den Bürgerinnen und Bürgern in seinem Amt per Urwahl bestätigt. Seine Beliebtheit und Anerkennung zeigt sich auch an zwei großen Auszeichnungen: Er ist Ehrenbürger in seiner Heimatgemeinde Jugenheim und seit kurzem auch von der Stadt Nierstein.

Claus Schick wurde am 6. November 1944 im rheinhessischen Jugenheim geboren. Er lernte Technischer Zeichner, studierte Maschinenbau und Verfahrenstechnik in Bingen. Seine erste berufliche Station führte ihn als Klimaingenieur nach Düsseldorf, Anfang der 70er Jahre war er Betriebsingenieur in Wiesbaden und wechselte 1972 zum ZDF nach Mainz. Dort blieb er nahezu 20 Jahre bis zu seinem Amtsantritt 1991. Seine kommunalpolitische Tätigkeit begann 1974 als Vorsitzender der SPD Jugenheim, von 1979 bis 1992 war er Ortsbür-



Claus Schick geht nach 25 Jahren Landrat in Mainz-Bingen in den Ruhestand.

Foto: Kreisverwaltung Mainz-Bingen

germeister seiner Heimatgemeinde. 1983 zog er in den Kreistag ein und war von 1989 bis 1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion dort. Von 1990 bis 2000 leitete er den SPD-Unterbezirk Mainz-Bingen. Claus Schick hat sich darüber hinaus ehrenamtlich beim TUS Jugenheim engagiert, war dort Übungsleiter, Vorstand und von 2002 bis 2012 Erster Vorsitzender.

Neues Kreishaus in Ingelheim

Bei Amtsantritt Schicks war die Kreisverwaltung im Erthaler Hof in Mainz untergebracht, zahlreiche Abteilungen im Stadtgebiet mussten aufgrund der räumlichen Situation in sechs Dependancen ausgelagert werden. Die Arbeitssituation durfte damals nicht

nur aufgrund der fehlenden Büroflächen getrost als katastrophal bezeichnet werden. Schick ging sofort daran, diesem Zustand ein Ende zu bereiten. 1995 erfolgte nach einem aufwändigen Findungsprozess der Umzug in einen modernen Neubau nach Ingelheim. Das Ziel, die gesamte Kreisverwaltung unter einem Dach unterzubringen und zu einer modernen, bürgernahen und effektiv arbeitenden Verwaltung umzubauen, war erreicht. Lediglich das Gesundheitsamt blieb nach der Kommunalisierung der Aufgaben in Mainz mitsamt der Außenstelle in Bingen. Die Kfz-Zulassungsstellen wurden im Norden (Bingen) und Süden (Oppenheim) des Kreises angesiedelt.

Der ungebremsste Aufgabenzuwachs und stetig steigende Fallzahlen haben in den vergangenen Jahren massive baulichen Erweiterungen und den Ankauf beziehungsweise die Anmietung externer Büroflächen notwendig gemacht. Nun steht die Kreispolitik wieder vor der gleichen Herausforderung wie vor 25 Jahren: die Verwaltung an einem Standort zusammenzuführen.

Ehrenamtsförderungen

Der Landkreis Mainz-Bingen ist heute einer der wirtschaftsstärksten in ganz Deutschland und steht finanziell hervorragend da. Das war nicht immer so. Es gab auch in Mainz-Bingen Zeiten, in denen das Geld knapp war. Landrat Claus Schick hat sich damals nicht geschämt, auch unangenehme Diskussionen zu führen und Streitigkeiten vor Ort auszutragen, um mit den knappen Finanzmitteln zurechtzukommen. Heute liegt das Haushaltsvolumen bei rund 450 Millionen Euro. Vor 13 Jahren, im Jahre 2004, lag der Schuldenstand bei knapp 70 Millionen Euro. Dank einer ständig steigenden Kreisumlage und einer seriösen Ausgabenpolitik ist der Landkreis seit 2016 schuldenfrei! Gleichzeitig liegt die Kreisumlage heute im Eingangssatz bei 32,5 Prozent und damit 11 Punkte unter dem Landesdurchschnitt. Im Sinne einer Ausgleichsfunktion des Landkreises konnte aufgrund der finanziellen Situation die Ehrenamtsförderung ins Leben gerufen werden. Über 1300 ehrenamtliche Projekte konnten bisher gefördert, über 24 Millionen Euro ausgeschüttet werden.

Ein ganz besonderer Schwerpunkt der vergangenen 25 Jahre war für Landrat Schick immer das Thema Bildung. Investitionen in die Kindertagesstätten, der Bau einer eigenen Kindertagesstätte am Standort der Kreisverwaltung, der Ausbau der Kreisvolkshochschule, die Übernah-

me der Verantwortung für alle weiterführenden Schulen sind markante Beispiele für das Bestreben des Landrates, seinen Landkreis zu DEM Bildungslandkreis Nummer 1 im Land Rheinland-Pfalz auszubauen. Heute hat der Landkreis einen Deckungsgrad bei den U-3-Plätzen von rund 60 Prozent. Die Forderungen des Kinderförderungsgesetzes mit einer Deckungsquote von 35 Prozent werden bereits seit 2010 übererfüllt. Der Landkreis ist für insgesamt 22 Schulen verantwortlich, die allesamt mit modernster Technik und Einrichtung wie Smartboards oder Tablets ausgestattet sind, um die sich eine hauseigene Schul-IT kümmert. Seit 1992 wurden so insgesamt weit über 260 Millionen Euro in die Schulen des Landkreises investiert.

Neue Aufgaben für Kreis

Zu Beginn der Amtszeit Schicks erledigte noch die Stadt Mainz die Kfz-Zulassung für den Landkreis. Die Bürgerinnen und Bürger mussten aus dem gesamten Kreisgebiet in die Landeshauptstadt fahren, um ihr Auto an- und umzumelden. Heute verfügt der Landkreis über zwei moderne Zulassungsstellen in Bingen und Oppenheim.

Die Gründung und der Ausbau der EDG dürfte wohl immer genannt werden, wenn es um Claus Schick und eine Bilanz seiner Amtszeit als

Landrat des Kreises Mainz-Bingen geht. Drei Landkreise und viele Gebietskörperschaften sind mittlerweile Gesellschafter und arbeiten mit der EDG zusammen. Über 120 Blockheizkraftwerke sorgen für eine effiziente Energienutzung, erzeugen jährlich 28,1 Millionen kWh Strom – ohne primärenergetischen Mehraufwand. Damit wird der CO₂-Ausstoß pro Jahr um 42.500 Tonnen vermindert.

Seit 2012 gehört das Jobcenter zur Kreisverwaltung. Claus Schick hat die Möglichkeit wahrgenommen und Mainz-Bingen ist „Optionskommune“ geworden. Die Kunden werden seitdem von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung betreut. Der Vorteil: Das kommunale Jobcenter kann schnell auf sich verändernde und regionalspezifische Situationen und Fragestellungen reagieren und so effizienter und letztlich erfolgreicher arbeiten.

Wenn Claus Schick jetzt in den Ruhestand geht, kann er für sich und seine Sozialdemokraten auf sehr erfolgreiche zweieinhalb Jahrzehnte im Landkreis Mainz-Bingen zurückblicken. Er hat die Kreisverwaltung zu einer äußerst effektiven und bürgernahen Einheit umgebaut und Mainz-Bingen mit an die Spitze der rheinland-pfälzischen Landkreise geführt.

Für und mit den Menschen im Donnersberger Land: Landrat Winfried Werner

Nach 25 Jahren geht eine Ära zu Ende. Schwerpunkte waren Betreuung und Bildung, Stärkung der regionalen Wirtschaft und Energiekonzept

Autor SGK Rheinland-Pfalz

Eine Ära geht zu Ende – nach über 25 Jahren verabschiedet sich Landrat Winfried Werner in den Ruhestand. Damit gehört Winfried Werner zu einem der dienstältesten Landräte in Rheinland-Pfalz. Seine erste Amtszeit trat er am 24. September 1991 an, nachdem ihn zuvor, und zwar am 3. September, der Kreistag gewählt hatte. Bei den beiden Urwahlen am 25. März 2001 und 7. Juni 2009 konnte er sich jeweils gegen mehrere Bewerberinnen und Bewerber durchsetzen.

Vor seiner Wahl als Landrat kannte der Jurist Winfried Werner bereits die Verwaltung und den Landkreis. Denn er war zu diesem Zeitpunkt bereits elf Jahre Dezernent in der Kreisverwaltung. Zu seinen damaligen Arbeitsfeldern gehörten die Bereiche Jugend und Soziales, Bauen, die Kreiskrankenhäuser, der

ÖPNV und die Abfallwirtschaft. In seiner sich anschließenden Amtszeit konnte er als Landrat hier noch viele Akzente setzen.

Für und mit den Menschen

Bei seiner Amtseinführung am 24. September 1991 stellte Winfried Werner seine wichtigsten Zukunftsaufgaben vor. Dazu zählten die Stärkung des Kreisbewusstseins, die Konsolidierung des Kreishaushaltes, die Stärkung der Wirtschaftskraft oder der Umweltschutz. Ein weiteres wichtiges Anliegen war ihm der Erhalt der Krankenhausstandorte Kirchheimbolanden und Rockenhausen durch die Konzentration auf entsprechende Fachabteilungen. Diese Aufgaben hat er während seiner weiteren Amtszeiten kontinuierlich und engagiert verfolgt. Winfried Werner ging es dabei immer um Problemlö-

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN
FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

sungen und dies im Konsens mit den Beteiligten. Er suchte das Gespräch und den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern genauso wie mit den politisch Verantwortlichen. Das Motto seiner Arbeit und seines Engagements war „Für und mit den Menschen im Donnersberger Land“.

Wenn Winfried Werner auf seine über 25-jährige Tätigkeit zurückblickt, wird er feststellen: Der Donnersbergkreis hat sich weiter entwickelt und er konnte vieles in die Tat umsetzen. Dabei macht er aber auch immer deutlich, dass ein Landrat dies alles nicht alleine schaffen kann. Dazu benötigte und hatte er Mitstreiterinnen und Mitstreiter auf allen Ebenen – in der Verwaltung, im Kreistag, in den Orts- und Verbandsgemeinden, beim Land und beim Bund.

Winfried Werner war es wichtig Menschen mitzunehmen und sie einzubinden. Er führte den regelmäßigen Austausch mit den Schüler- und Elternvertretungen ein, traf sich mit Vereinsvertreterinnen und -vertretern sowie ehrenamtlich Aktiven, mit Unternehmen oder Betriebsräten, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Bei seinen Kreisbereisungen in die Gemeinden informierte er sich vor Ort über Wünsche und Probleme. In seinen Entscheidungen ließ er die finanziellen Spielräume und Möglichkeiten des Kreises nie außer Acht.

Es können nur ein paar Schwerpunkte aus dem langjährigen Engagement von Winfried Werner vorgestellt werden. Dazu zählt unter anderem die kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Region. Sei es der Beitritt des Donnersbergkreises zum Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN), die Reaktivierung der Schienenstrecken Grünstadt – Eisenberg – Ramsen und Kirchheimbolanden – Alzey, der Ausflugsverkehr auf der Zellertalbahn oder die Schaffung der Schienenhaltepunkte Münchweiler/Alsenz und Imsweiler. Nicht zu vergessen die bedarfsorientierten Mobilitätsangebote wie die Ruf-taxilini in allen Verbandsgemeinden sowie das Freizeit- oder Behindertentaxi. Den ÖPNV sieht er als einen Beitrag zur Daseinsvorsorge im ländlichen Raum.

Donnersberger Energie-Konzept

Sein Ziel war eine innovative, ressourcen- und umweltschonende Energiewirtschaft. Im Donnersbergkreis sollte nur so viel Energie verbraucht werden, wie hier auch erzeugt wird. Daher legte Winfried Werner Wert darauf, dass das Donnersberger Energie-Konzept auch unter dem Aspekt der möglichen Einsparpotenziale von Energie aufgestellt wird. Weitere Bausteine waren die Abfallberatung oder die Einführung eines Schüler-Umweltparlamentes.

Nicht zu vergessen die energetische Sanierung von Schulen, wie z. B. das Nordpfalzgymnasium Kirchheimbolanden als „Passivhaus-Schule“.

Mit der Gründung des Netzwerks „Wirtschaftsforum Donnersberger Land“, in dem der Kreis mit der Sparkasse, den Volks- und Raiffeisenbanken sowie den Unternehmen zusammenwirkt, wurden Akzente zur Wirtschaftsförderung und -stärkung gesetzt. Dazu zählen Beratungs- und Unterstützungsan-

gebote für Gründungswillige, die Einbindung von Senior Experts, die Fortbildungsveranstaltungen im Rahmen von JobAktiv, Messebesuche und die Zusammenarbeit mit den Universitäten und Fachhochschulen. Nicht zu vergessen die Unterstützung bei Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungen oder im Bereich der Dorferneuerung. Noch auf den Weg gebracht hat er den kreisweiten Ausbau des Breitbandnetzes. Dafür konnte er den Förderbescheid des Bundes in Empfang nehmen.

Ebenso sah Winfried Werner den Tourismus als Wirtschaftsfaktor. Als Vorsitzender des Donnersberg-Touristik-Verbandes und des Vereins Pfalz-Touristik arbeitete er mit den Kommunen, Leistungsträgern und Ehrenamtlichen zusammen. Beispielhaft sind das Keltendorf in Steinbach, der Prädikatswanderweg Pfälzer Höhenweg oder die Entwicklung eines touristischen Leitbildes für die Region zu nennen.

Neben der Schaffung von Betreuungsangeboten für Kinder war es

Winfried Werner immer ein Anliegen, Kindern und Jugendlichen ein breit gefächertes Bildungsangebot zu unterbreiten und die jungen Menschen bei der Berufsvorbereitung zu unterstützen. Daher ist die Schullandschaft im Kreis sehr vielfältig. Angebote wie das Berufswahlsiegel, Berufsorientierungsmessen, Pflage tage oder Betriebsbesuche führte Winfried Werner in seiner Amtszeit ein. Ebenso legte er Wert darauf, dass seine Verwaltung junge Menschen ausbildet und Ausbildungsplätze für alle Schulabschlüsse vorhält. Nicht nur die Aus- und Fortbildung der Menschen lag ihm am Herzen, sondern auch arbeitslosen Menschen eine Chance zu geben. Wichtig war ihm daher der regelmäßige Kontakt mit den Unternehmen, Handwerksbetrieben und der Agentur für Arbeit.

Neue Chancen für arbeitslose Menschen

Mit der Gründung der Gemeinnützigen Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH konnten Maßnahmen und Projekte zur Qualifizierung und Beschäftigung von arbeitslosen Menschen in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter entwickelt und umgesetzt werden.

Für den Erhalt und die Sicherung der Krankenhausstandorte Kirchheimbolanden und Rockenhausen leistete Winfried Werner einen wichtigen Beitrag. Ebenso für die Förderung und Unterstützung des Ehrenamtes. Sei es durch kostenlose Fortbildungen, die Unterstützung und Beratung oder auch die Auszeichnung von Aktiven.

In all seinem Handeln spielten demokratische Grundwerte und Menschenrechte eine wichtige Rolle. Daher war und ist es für den Menschen und Landrat Winfried Werner eine Selbstverständlichkeit, die Aktivitäten des Arbeitskreises gegen Rechts, Amnesty International, sowie die Inklusions- und Integrationsbeauftragten zu unterstützen.

Am Ende dieser Ära lässt sich sagen: Landrat Winfried Werner hat in seiner Amtszeit „für und mit den Menschen im Donnersberger Land“ vieles bewegt, umgesetzt und auf den Weg gebracht.



Landrat Winfried Werner war über 25 Jahre Chef der Kreisverwaltung.

Foto: Kreisverwaltung Donnersberg